

Der Streit bei den Donau-Dampfschiff- fahrts-Gesellschaften.

Seit Sonntag nachmittag sind, wie berichtet, die Angestellten der Ersten Donau-Dampfschiff- sowie der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in den Ausstand getreten. Infolge des Streiks ruht auf der Strecke von Regensburg bis Töben der gesamte Güter- und Personenverkehr und ebenso die Magazins- und Verladearbeit in den größeren Dienststellen. Auch auf die Angestellten der Ungarischen Fluß- und Seeschiffahrts-Gesellschaft hat die Bewegung übergegriffen, indem sich ein Teil bereits für den Anschluß an die Streikenden erklärte. Der Streit hat seine Ursache in weitgehenden Lohnforderungen der Angestellten der genannten Gesellschaften; und zwar wird außer einer Erhöhung der gegenwärtigen Teuerungszulagen eine besondere Sicherstellung der Pensionsansprüche gefordert.

In einer von informierter Seite mitgeteilten Darstellung der Vorgeschichte des Streiks wird darauf hingewiesen, daß die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft durch den Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie besonders hart betroffen wurde. Das Unternehmen befindet sich jetzt in einer geradezu katastrophalen Lage. Der Personaletat der Gesellschaft hat sich während des Krieges von 12 auf mehr als 50 Millionen pro Jahr erhöht. Das Unternehmen war trotzdem zu weiteren Zuwendungen bereit, wenn die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten sich für die glatte Abwicklung des Verkehrs in den Monaten Juni und Juli verbürgen wollte. Diese Bedingung wurde gestellt, um der Gesellschaft nach der innerhalb der nächsten zwei Monate zu erwartenden Regelung der Donaufrage die Gelegenheit zur Ueberprüfung ihrer Aussichten für den zukünftigen Bestand zu verschaffen, und in diesem Sinne wurde auch den Angestellten die Mitteilung gemacht, daß es unmöglich sei, ihre Forderungen im vollen Ausmaße zu erfüllen. Demgegenüber wird aus Kreisen der Angestellten geltend gemacht, daß sie trotz der gewährten Teuerungszulagen über kein ausreichendes Gesamteinkommen verfügen. Die Direktion hätte sich im Monat März verpflichtet, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bis Ende April zu regeln, und falls sie in Ungarn höhere Teuerungszuschüsse gewähre, diese rückwirkend auch für das deutschösterreichische Gebiet auszus zahlen. Diese Verpflichtung sei aber, obwohl in Ungarn im April ein erhöhter Teuerungszuschuß ausbezahlt wurde, nicht eingehalten worden.

Mit den Streikenden sind übrigens bereits Besprechungen eingeleitet worden, die heute ihre Fortsetzung finden sollen. Die gestern geführten Verhandlungen hatten keinerlei Ergebnis.

Ein Communiqué über die Vorgeschichte des Streiks.

Ueber die Vorgeschichte des Ausstandes, in den das seit kurzem gewerkschaftlich organisierte Personal der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf der deutschösterreichischen und der bayerischen Strecke sowie in der Wiener Zentrale Sonntag nachmittag getreten ist, wurde gestern folgende Mitteilung ausgegeben:

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie hat die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft besonders schwer betroffen. Die Beschlagnahme ihrer auf dem Gebiet unterhalb Baja (ungarisch-jugoslawische Donaugrenze) befindlichen Fahrbetriebsmittel, die Sequestrierung ihrer Bergwerke, die Zwangsliquidierung ihrer Immobilien im Königreich Rumänien, die Kommunistisierung ihrer Schiffswerft in Alt-Ofen, die Sozialisierung ihrer Eisenbahn Mohács-Becs, die Ausschaltung ihrer Verfügungsrechte auf den ungarischen Strecken und schließlich der Mangel jedweder nennenswerten Betriebsmittelnahme seit dem 1. November 1918 haben das Unternehmen in eine katastrophale Lage versetzt. Dazu kommt, daß auch die Versuche der Gesellschaft, ihre mehr als 35 Millionen Kronen betragenden offenen Forderungen an die frühere gemeinsame Kriegsverwaltung hereinzubringen, bisher gescheitert sind.

Sowohl während des Krieges als auch seit Abschluß des Waffenstillstandsvertrages hat die Donau-

Dampfschiffahrts-Gesellschaft ihrem Personal weitgehende materielle Unterstützungen fortgesetzt bewilligt, so daß der Personaletat von zirka 12.000.000 K. im Frieden bisher auf mehr als 50.000.000 K. pro Jahr emporgeschwollen ist. Und dies alles, obwohl das Personal infolge der mit dem Umsturz eingetretenen Verhältnisse seit vielen Monaten zum großen Teil zu einer fast völligen Untätigkeit gezwungen ist. Die Rücklagen aus den Erträgen der Vorjahre waren unter diesen Umständen rasch aufgezehrt, und die Verwaltung der Gesellschaft mußte schon seit Monaten zur Kontrahierung außerordentlich hoher schwebender Schulden greifen, um die enormen Geldbedürfnisse des Unternehmens befriedigen zu können.

In dieser Situation hat die Gesellschaft die neuesten Forderungen ihrer Angestellten auf erhöhte Teuerungszulagen um so mehr abschlägig bescheiden müssen, als ein Vergleich mit den seitens der Eisenbahnverwaltungen bewilligten Kriegs- und Teuerungszulagen erwiesen hat, daß sich, von einigen kleineren Differenzen abgesehen, die die Gesellschaft auszugleichen bereit war, die Schiffahrtsangestellten den Eisenbahnangestellten gegenüber ganz erheblich im Vorteil befinden. Trotz alledem war die Verwaltung der Gesellschaft zu einer weiteren bescheidenen Zuwendung unter der Bedingung bereit, daß die Organisationen sich für die glatte Abwicklung des Verkehrs in den Monaten Juni und Juli verbürgen. Dieser Bedingung lag der Gedanke zugrunde, daß die Frage des Donauregimes innerhalb der nächsten zwei Monate in der Friedenskonferenz wenigstens so weit eine Erledigung finden werde, daß der Gesellschaft hierdurch ermöglicht werden dürfte, die Grundlagen ihres zukünftigen Bestandes zu überblicken. Dies gilt auch für eine Reihe sonstiger Forderungen, welche seitens der Angestellten im Laufe der Verhandlungen gestellt wurden, in erster Linie für eine besondere Sicherstellung der Pensionsansprüche über das bisher vorgesehene Ausmaß hinaus und für die Regelung der Arbeitszeiten. Die Unmöglichkeit, die Forderungen zu erfüllen, wurde den Organisationen am 28. Mai eröffnet und begründet. Das Personal hat diese Mitteilungen mit der Verkündung des Streiks beantwortet.

Die Forderungen der Streikenden.

Aus den Kreisen der Angestellten und Arbeiter wird über die an das Unternehmen gestellten Forderungen mitgeteilt: Die Entlohnung der Angestellten und Arbeiter, welche während des Krieges unter militärischem Zwange standen, war durchaus unzureichend; sie konnten sich erst nach dem politischen Umsturz eine gewisse Bewegungsfreiheit verschaffen. Es wurde ihnen allerdings eine ansehnliche Teuerungszulage bewilligt, welche jedoch nicht zu einem ausreichenden Gesamteinkommen führte, weil die Grundlöhne mit 64 K. monatlich beginnen. Auf Grund einer im Monat März stattgefundenen neuerlichen Bewegung verpflichteten sich die Direktionen, bis Ende April eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen, und im Falle der Gewährung höherer Teuerungszuschüsse in Ungarn, diese auch rückwirkend für das deutschösterreichische Gebiet auszus zahlen. Obwohl nun in Ungarn im Monat April ein erhöhter Teuerungszuschuß ausbezahlt wurde, wurde er auf der deutschösterreichischen Strecke und den in Bayern befindlichen Angestellten nicht bewilligt.

Nebst den andern Forderungen wird auch die rechtliche Sicherstellung der Pensionen angestrebt und insbesondere verlangt, daß in die Pensionsbezüge auch die Teuerungszuschüsse einbezogen werden und daß die Gesellschaft mit ihrem beweglichen und unbeweglichen Vermögen für die Ansprüche an den Pensionsfonds hafte.

Die Lebensmittelversorgung von Linz.

Linz, 2. Juni. Wie die „Lagespost“ meldet, hat heute infolge des Streiks bei der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft der Magistrat von Linz in einem dringenden Telegramm die Staatsregierung um Vermittlung gebeten, da der Streit die Lebensmittelversorgung gefährden müsse. Da sich der Streit auch auf die Lagerhäuser erstreckte, konnten heute früh die Bäder kein Mehl lassen.

Streik der Handelshilfsarbeiter in Linz.

Linz, 2. Juni. Die Handelshilfsarbeiter und Geschäftsdienerschaft sind heute geschlossen in den Streit getreten. Ein Teil der Linzer Kaufleute hat die Forderungen bereits bewilligt. Heute abend findet eine Versammlung der Streikenden statt. Man erwartet eine baldige Beilegung des Streiks.